

Margarete Grandner,  
 Andrea Komlosy (Hrsg.):  
 Vom Weltgeist beseelt.  
 Globalgeschichte 1700-1815,  
 Promedia Wien 2004, 263 S.  
 (24,90 €)

»Globalgeschichte richtet ihr Interesse auf die gesamte Welt« (S. 7) – darin besteht die Idee zum Buch. Um nun dieses ambitionierte Vorhaben methodisch ins Werk zu setzen, bestimmen die Herausgeberinnen das Vorgehen als das »Herausarbeiten von Interaktionen zwischen den verschiedenen Weltregionen, von langfristigen Entwicklungsverläufen in ihrer globalen Vernetzung und der internationale Vergleich« (S. 7). Jedoch geht es ihnen keineswegs allein darum, der Vielfalt der zu untersuchenden Interaktionssphären – von Welthandel und Kolonialsystem über Migrationsbewegungen und Kulturpflanzen transfers bis zur regionalen Unterschiedlichkeit sozio-ökonomischer wie politischer Entwicklungsverläufe – gerecht zu werden, sondern vor allem auch um eine »andere« Forschungsperspektive, mit der Weltgeschichte untersucht werden soll. Nicht weniger als die Überwindung der »eurozentristischen Verengung«, des historistischen »Eurozentrismus«, wird gleichfalls auf die Tagesordnung gesetzt. Wie allerdings »andere Kulturen« tatsächlich »zum Sprechen gebracht werden« (S. 17) können, wenn die Autorinnen und Autoren sämtlich aus Deutschland, der Schweiz und Österreich stammen, dieser Problematik sind sich die Herausgeberinnen zwar bewußt, eine praktische Lösung haben sie aber offenbar nicht.

Mit seinem globalhistorischen Ansatz (und Anspruch) ordnet sich der vorliegende Band in eine Reihe von Publikationen ein, die sich insgesamt zum Ziel setzt, »globale Interaktionen am Beispiel bestimmter ›Weltregionen‹ zu behandeln«, wobei es im konkreten Fall um die Art der Verflechtung und die Verschiebungen im Kräfteverhältnis zwischen Staaten und Regionen in der Epoche 1700-1815 geht.

In der Tat erscheint das 18. Jahrhundert in vielerlei Hinsicht (vor allem aus der europäischen Sicht) als jener Zeitraum, in dem sich die heute als Errungenschaften »der Moderne«

schlechthin dechiffrierten Zustände weltumspannender Kommunikation, politisch-demokratischer Verfaßtheit und Rechtsstaatlichkeit durchgesetzt haben. Die Berichte über die Völker und Kulturen ferner Länder beeinflussten das »neue« Weltbild und seine philosophische Interpretation in Europa fast genauso nachhaltig wie die US-amerikanische Bill of Rights, die als Blaupause nahezu aller republikanisch-demokratischen Verfassungen bis in die Gegenwart dient.

Wirtschaft wird nicht nur fortan als Weltwirtschaft wahrgenommen (woran sich zeigt, wie alt das scheinbar so ganz neue Phänomen der Globalisierung eigentlich ist); auch die Ziele und Konsequenzen wirtschaftlichen Handelns werden Gegenstand rationaler Überlegungen (Malthus, Ricardo, Smith). So werden die Ursachen für den (unterschiedlichen) Reichtum der Nationen reflektiert und erstaunlich tiefgründige Einsichten über die Folgen der sich im 18. Jahrhundert verfestigenden internationalen Arbeitsteilung gezogen. Bereits 1841 erkennt der deutsche Nationalökonom Friedrich List weitsichtig die in einer kapitalistischen Weltarbeitsteilung eingeschlossenen und global wirkenden Machtverhältnisse sowie ihre Konsequenzen: List zufolge haben die industriell fortgeschrittenen Länder die »Leiter umgestoßen«, auf der sie selbst emporgeklommen seien. Seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts steht daher fest, »wer« nachzuholen hat und »was« nachzuholen ist; ebenso steht fest, daß es auf dem vermeintlich vorgezeichneten Weg nicht nachgeholt werden kann.

Die heutige Dichotomie von Entwicklung und Unterentwicklung hat hier genauso ihre Grundlegung wie andere ökologisch-soziale Globalprobleme, die insbesondere mit einem spezifischen Typ von – technizentrierter und von fossiler Energie getriebener – Industrialisierung zusammenhängen. In diesem – allerdings im Vergleich zu den Intentionen der Autorin wesentlich erweiterten – Sinne ist Andrea Komlosy unbedingt zuzustimmen, daß »das 18. Jahrhundert (...) als Wendezeit betrachtet werden (könnte)« (S. 127) – nämlich als globale »Hinwendung« zu einem Entwicklungsmodell, das sich in der Langzeitperspektive als nicht globalisierbar und damit auch als nicht zukunftsfähig erwiesen hat.

Eine der interessantesten Fragen ist zweifellos die, wie es zum endgültigen Vollzug dieser globalen Entwicklungs»Wende« im 18. Jahrhundert kommen konnte. Insbesondere zwei Beiträge des hier zur Rede stehenden Bandes sind geeignet, darüber weiteren Aufschluß zu geben: zum einen der Aufsatz von Andrea Komlosy zur »industriellen Revolution« aus globalhistorischer Perspektive« sowie zum anderen der Text von Matthias Middell zu »Revolutionsgeschichte und Globalgeschichte«.

Andrea Komlosy, die erklärtermaßen versucht, einerseits den Beitrag anderer Weltregionen zur englischen »industriellen Revolution« zu erhellen und andererseits herzuleiten, warum die einst überlegenen Gewerbezentren vor allem in Asien dem Konkurrenzdruck der industriellen Produktion unterlagen, präsentiert schließlich Einsichten, die »die Legende von England als Ursprungsland der ›industriellen Revolution« ins rechte Licht rücken sollen. Nicht die Überlegenheit in der gewerblichen Produktion selbst, sondern die englische Position »in der Beherrschung der Meere, der Realisierung von Profiten aus der ungleichen Arbeitsteilung, der Ausschaltung von Konkurrenten und bei der Eroberung von Märkten« (S. 111) seien ausschlaggebend gewesen.

Damit ist allerdings noch nichts wirklich geklärt. Dazu wäre es notwendig zu beschreiben, wie England denn all diese positionellen Vorteile hat erlangen können. Hier wird von der Autorin nun ein weiterer Aspekt ins Spiel gebracht, nämlich: der von politischer Rivalität und ökonomischer Konkurrenz ausgehende Handlungsdruck. Die permanenten Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Mächten und die Konkurrenz der indischen Textilproduktion – »der ›industriellen Revolution« in England lag freilich die Überlegenheit der indischen Importware und das Bemühen um deren Substitution zugrunde« (S. 119) – führten schließlich zum industriell-militärischen »Weltmonopol« (Marx) Englands.

Aber warum diese »Umkehrung der wirtschaftlichen Kompetenzen in der internationalen Arbeitsteilung« (S. 121) – die Fertigwarenproduzenten von einst werden zu Rohstofflieferanten Englands beziehungsweise Europas – schließlich stattfindet, kann Andrea Komlosy in ihrem Beitrag, auch mit einem Rekurs auf

militärische Machtungleichheiten, nie wirklich plausibel machen.

Auf einen interessanten Aspekt für mögliche, weiterführende Erklärungsversuche verweist indessen Matthias Middell. Es sei vor allem die spezifisch vorteilhafte politisch-staatliche Verfaßtheit (vgl. 143), die es den Briten ermöglicht habe, die nötigen Ressourcen aufzubringen, um nicht nur anderen europäischen Konkurrenten militärisch überlegen zu sein, sondern mit der industriellen Revolution auch eine »asymmetrische« Antwort auf die asiatische Herausforderung geben zu können. Die Herausbildung einer »wachstumsorientierten, von Prinzipien der Konkurrenz, der Gewinnmaximierung und der Kapitalakkumulation geleiteten Produktionsweise« (Komlosy, S. 110) setzte alle Konkurrenten Englands unter bis dato beispiellosen Anpassungsdruck. Und die Dynamik der Herausforderung ließ keinen Spielraum für die neuerliche Hervorbringung »asymmetrischer« Antworten. Die drohende dauerhafte Unterlegenheit konnte offenbar nur durch rasche Anpassung der politischen Strukturen – Revolution aus der Notwendigkeit globaler Behauptung (Skocpol) – und durch eine nationale Anstrengung zu nachholender Entwicklung (List) abgewendet werden. Das System der industriellen Produktion wurde so nicht nur Vorbild, sondern auch Zwangsjacke eines Typs sozioökonomischer Entwicklung, der im 18. Jahrhundert seine charakteristische Gestalt angenommen hat.

Über die hier besonders herausgestellten Aufsätze hinaus enthält der insgesamt sehr lesenswerte, weil ungewöhnlich anregende Band Beiträge von Dietmar Rothermund (Seehandel und Kolonialherrschaft), Hans-Heinrich Nolte (Staatswerdung und Rivalitäten), Norbert Ortmayr (Kulturpflanzentransfers), Reinhard Schulze (Weltbilder der Aufklärung), Annemarie Steidl (globale Migrationssysteme), Robert Hoffmann (die christliche Mission im 18. Jahrhundert), Monica Juneja (deutsche Pietisten) und Michael Mitterauer (Religion und Massenkommunikation).

ARNDT HOPFMANN

**Manfred Neuhaus:  
Tatsachen und Mutmaßungen über  
Ernst Ortlepp. Books on Demand  
GmbH Norderstedt 2005, 233 S.  
(19,90 €)**

Der 1800 in Droyßig bei Zeitz geborene und 1864 in der Nähe von Schulpforte gestorbene Ernst Ortlepp ist noch immer der große Unbekannte der mitteldeutschen Literaturgeschichte. Diesen Missstand zu beheben und diesem so vielseitigen Dichter die ihm angemessene Würdigung zukommen zu lassen, bemüht sich die 2001 gegründete Ernst-Ortlepp-Gesellschaft e.V. mit Sitz in Zeitz. Zu deren Mitgliedern gehört auch Manfred Neuhaus aus Dortmund, der Anfang des Jahres die Studie »Tatsachen und Mutmaßungen über Ernst Ortlepp« vorlegte.

Das Buch ist keine Monografie, sondern eine kommentierte Sammlung von wenig bis gar nicht bekannten Texten von und über Ernst Ortlepp. Eingedenk der Tatsache, dass ein großer Teil dieses Schriftstellerlebens noch vollkommen im Dunkeln liegt (vor allem die Württemberger Zeit Ortlepps, wohin er nach seiner Ausweisung aus Leipzig ging, ist kaum hinreichend beleuchtet), hat sich Manfred Neuhaus folgerichtig entschlossen, die Ergebnisse seiner jahrelangen Recherchen in der gebotenen philologischen Strenge zu präsentieren. Manfred Neuhaus, der nach seinem Berufsleben als Kriminalist zur Literatur- und Philosophiegeschichte fand, hat sich hier auf die dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts konzentriert, in denen sich der Mittdreißiger Ernst Ortlepp, nach einem nicht abgeschlossenen Theologiestudium, in Leipzig als Essayist, Lyriker sowie Literatur- und Musikkritiker etablieren konnte.

Ein wichtiges Medium war für Ortlepp die von Karl Herloßsohn (1802 od. 1804-1849) in Leipzig gegründete und herausgegebene Zeitschrift »Der Komet«. Da in Archiven keine vollständige Sammlung aller Jahrgänge existiert, musste Manfred Neuhaus die verstreuten fragmentarischen »Komet«-Kollektionen auswerten. Diese Kärnerarbeit hat sich gelohnt, weil unser noch immer schemenhaftes Bild von Ortlepp, von dem kein Porträt die Zeit-

läufte überdauerte, durch diese Dokumentation weiter an Kontur gewinnt.

Ein beachtliches lyrisches Zeugnis, das von Ortlepp im »Komet« zum Abdruck kam und von Manfred Neuhaus zitiert wird, ist das für den Dichter programmatische Gedicht »Atheismus«, das – im April 1833 (Nr. 57) als erratisch-einstrophiger Versblock veröffentlicht – mit der Zeile anhebt: »Es ist kein Gott! Laut ruf' ich's nach den Sternen!« (S. 74 f.) Dieser Text darf als wichtiger Beleg für die von Rüdiger Ziemann im Rahmen des Ortlepp-Kolloquiums im Juni 2004 in Schulpforte geäußerte These gelten, dass Ernst Ortlepp die Freiheit der Religion auch als »Freiheit von der Religion« verstanden habe. Das Gedicht »Atheismus« ist als Bekenntnis insofern wichtig, weil der aus einer Pastorenfamilie stammende Ortlepp explizit gegen die Religion der Väter aufbegehrt. Die Abkehr vom Glauben des jungen Nietzsche, auch er ein Pfarrersohn, vollzog sich im Gegensatz dazu unspektakulär, »ohne sichtbare Erschütterungen und geistige Krisen« (Heinz Malorny) – und auch durch die tätige Mithilfe des »alten Ortlepp«, mit dem der Alumnus portensis Nietzsche in dessen letzten Jahren nachweislich Umgang pflegte.

Ernst Ortlepps literarische Karriere in Leipzig soll, so Manfred Neuhaus, nicht zuletzt durch eine Rezension mehrerer Neuerscheinungen des Dichters beendet worden sein (war es der Grund oder ein Anlass?), die Heinrich Laube im November 1833 in der von ihm seit Anfang des Jahres geleiteten »Zeitung für die elegante Welt« erscheinen ließ. Ortlepps Wirken als Kritiker nennt Laube »höchst mittelmäßig« und den Dichter verdammt er gar in Bausch und Bogen »zu den unbedeutendsten Mittelmäßigkeiten unserer jetzigen Literaten«. Er sei, so Laubes Resümee, »altmodisch und dreist«. Nur das erste Adjektiv gehört in die Kategorie des Ästhetischen, das zweite ist moralischer Natur. Aber beide Wörter charakterisieren weder den Menschen noch den Dichter zutreffend, sondern allenfalls das rundum krude Ortlepp-Bild, das Laube zeichnete. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass der Kritiker gegen die Lyrik Ernst Ortlepps just die Theodor Körners stellt, dessen Verse (z. B. die Sammlung »Leier und Schwert«) zwar einem edlen Anliegen entsprangen, aber heute weit unter denen des von Laube so wortreich

geschmähten Ortlepp zu verorten sind. Durch üble Nachreden wie die Laubes von 1833 wird erahnbar, warum Ortlepp ein literarischer Einzelgänger blieb und bald vergessen wurde – obwohl er doch, gemessen an seiner engagierten politischen Dichtung, ein Vertreter des »Jungen Deutschland« hätte sein können, dessen vehementer Fürsprecher eben Heinrich Laube gewesen ist. Es half dem mit einem Federstrich um seine Reputation gebrachten Ortlepp nichts, dass Laube, wie von Manfred Neuhaus zitiert, später nurmehr angewidert auf seine mit »viel Spektakel« verbundene Ortlepp-Besprechung blickte, die, wie der Kritiker ebenfalls gestand, vor allem seiner (gekränkten?) Eitelkeit entsprungen sei.

Durch seinen literarisch-politischen Einsatz geriet Ernst Ortlepp bald in die Fänge der preußischen und sächsischen Zensur (1831-1835). Wie die Räder der literarischen Überwachung bzw. der überwachten Literatur ineinander griffen, legt der Autor in einem zweiten Schwerpunkt dar. Die Hauptrolle in diesem Schurkenstück aus den Niederungen des um die totale Kontrolle seiner Untertanen bemühten Staates spielt Fürst von Metternich, der in Preußen und Sachsen ein verzweigtes Spitzelsystem unterhielt, das es ihm ermöglichte, noch vor den jeweiligen Regierungen über kommende Neuerscheinungen mit angeblich demagogischem Inhalt informiert zu sein. Eine Maßnahme, die Metternich um so mehr für ratsam und geboten hielt, als vor allem die Zensur in Sachsen, so Manfred Neuhaus, »für ihre Milde« bekannt war.

Metternich war es im Übrigen, der in einem flammenden Schreiben an die Zensurbehörden in Leipzig, Berlin und Frankfurt/Main 1835 persönlich die Beschlagnahmung von Ernst Ortlepps Großgedicht »Fiesci – Ein poetisches Nachtstück« als einer staatsgefährdenden Schrift forderte. Diesem Ansinnen, das Metternich u. a. am 31. Oktober 1835 in einem Brief an die sächsische Regierung formulierte, kam man pflichtschuldigst nach, so dass diese Dichtung heute eine antiquarische Seltenheit ist. Dies erkennend, haben Rüdiger Ziemann und Roland Rittig »Fiesci« in Verbindung mit einem instruktiven Nachwort und Illustrationen von Dieter Goltzsche 2001 als bibliophil gestaltetes Buch im Verlag Janos Stekovic neu herausgegeben.

An einem halben Dutzend Dichtungen zeigt der Autor unter Aufbietung aller in den Archiven greifbaren Akten die Einflussnahme der preußisch-sächsischen Zensur auf den Schriftsteller. So wurden nach den Gedichten »Das Osterlied«, »Das Pfingstlied« und »Polenlieder« (1831) auch die Sammlung »Lyra der Zeit« (1834) und das Gedicht »Deutschlands Erntefest« kurzerhand mit Verbot belegt. Die von der Zensur aufgelisteten Argumente, um diesen Texten das Imprimatur zu verweigern, erscheinen nicht erst aus heutiger Warte aberwitzig. Die daraus für Ernst Ortlepp resultierenden Folgen waren es nicht: »Die rigorose Verfolgung und Beschlagnahmung seiner Gedichte sorgten dafür«, so Manfred Neuhaus, »dass Ortlepp bis zur Jahrhundertwende (1900, K. A.) als verschollener Dichter galt.«

Abgerundet wird die Dokumentation mit einem ausführlichen Bildteil, in welchem u. a. gedruckte Verse Ortlepps mit Anstreichungen der Zensoren als Faksimile wiedergegeben sind. Doch zuvor tritt der Kriminalist im Philologen Neuhaus noch einmal in den Dienst. Aus seinen drei Jahrzehnte umfassenden Erfahrungen als Kripo-Beamter in der Abteilung Delikte am Menschen (griffiger: Mordkommission) skizziert Manfred Neuhaus einen (fiktiven) Tatortfundbericht zum Tode von Ernst Ortlepp, der um den 14. Juni 1864 in einem Straßengraben zwischen Almrich (heute ein Ortsteil von Naumburg) und Schulpforte ums Leben kam. Den objektiven und subjektiven Befund auswertend, steht für den Kriminalisten die Erkenntnis, dass »ein Fremdverschulden nicht erkennbar (ist), es deutet alles auf einen Unglücksfall, Tod durch Genickbruch, hin«. So hat Ernst Ortlepp nicht nur Literatur-, sondern auch Kriminalgeschichte geschrieben.

Der passionierte Spurensucher Manfred Neuhaus hat mit seiner Studie der (im späten 20. Jahrhundert durch Reiner Bohley und Hermann Josef Schmidt wiederbegründeten) Ortlepp-Forschung einen nachhaltigen Dienst erwiesen. Wer sich fortan mit dem Dichter Ernst Ortlepp beschäftigt, wird Manfred Neuhaus' Buch nicht ignorieren können. Dieses Werk stellt gleichsam eine unverzichtbare Vorarbeit für eine umfassende Biografie des Dichters, Übersetzers, Herausgebers, Kritikers und Musikers Ernst Ortlepp dar, die bis dato ein Desiderat ist.

**Werner Mittenzwei:**  
**Zwielicht. Auf der Suche nach**  
**dem Sinn einer vergangenen Zeit.**  
**Eine kulturkritische Autobiographie,**  
 Verlag Faber & Faber Leipzig  
 2004, 512 S. (29,70 €)

Nach den »Intellektuellen« 2001 hat Mittenzwei eine Autobiografie veröffentlicht. Auch sie ist vor allem Geschehnissen in der DDR und z. T. nach deren Ende gewidmet. Deutlich wird, dass der 1927 geborene Sohn eines kommunistischen sächsischen Handschuhmachers und einer christlich gesinnten Näherin mehrmals Glück hatte. So kam er trotz zweifacher Verwundung halbwegs heil aus dem Zweiten Weltkrieg heraus. Der Kommandant des sowjetischen Sammellagers bei Bad Schandau, in das er 1945 geriet, ließ – was ungewöhnlich war – die Gefangenen nach Kriegsende laufen. Im Heimatort Limbach entkam Mittenzwei den Amerikanern, welche deutsche Soldaten nach Bad Kreuznach verfrachteten, wo viele umkamen. Später bestand er, obwohl kein guter Schüler, die Lehrprüfung und erwies sich als bestens geeigneter Pädagoge. Er las die seiner Entwicklung dienliche Literatur – so Lukács, bedeutende sowjetische Schriftsteller und die moderne französische Dramatik –, fand Zugang zu Theater, Oper und Kulturbund. Das eigene, »dumpe, breiige Sächsisch«, das ihm beim Referieren widerlich wurde (S. 113), suchte er energisch zu bekämpfen.

Der Autor berichtet von der Deutschen Hochschule für Musik zu Berlin, in welcher er seit 1953 Assistent war, und deren Dozenten, von Harichs Philosophievorlesung 1953/54 und dem Institut für Gesellschaftswissenschaften, im dem Mittenzwei am Lehrstuhl Kunst und Literatur tätig wurde. 1960 promovierte er magna cum laude über ein Brecht-Thema. Die Unruhen 1953 waren offenbar spurlos an ihm vorübergegangen. Nicht so der XX. KPdSU-Parteitag 1956 mit seinen Folgen. In Ulbricht erkannte er den »Unbeliebtesten unter den Funktionären der deutschen Arbeiterbewegung« (S. 149), in der Restalinisierung ab 1957 einen schweren Rückschlag, gegen den er – zu seinem Glück – nicht aufbegehrte.

Nachdem Mittenzwei seit 1956 Theaterkritiken geschrieben hatte, bekam er zum Chefdramaturgen des Maxim-Gorki-Theaters, zu Helene Weigel und dem Berliner Ensemble Kontakt. Er diente der Bühne jahrelang, u. a. als Prüfer von Stücken. In der wissenschaftlichen Arbeit fand er bei genereller dogmatischer Enge in den literarischen und künstlerischen Mitteln und im Figurenaufbau eine Nische für ungestörtes Tätigsein, damit auch Stoff für seine Habilitation 1964. Ein Jahr zuvor nahm er an der Kafka-Konferenz in Liblice teil. Im Rapport darüber und über die durch Alfred Kurellas Absage an solcherlei »Aufweichungstendenzen« ausgelösten Auseinandersetzungen in der DDR lässt er das Wesentliche – fortwirkende Entfremdung in »realsozialistischen« Gesellschaften – weg, resp. es ist ihm entgangen, und erörtert dafür Zweitrangiges.

1966 Professor und ab 1967 an der Deutschen Akademie der Wissenschaften hat der Verfasser, zeitweise Direktor des Zentralinstituts für Literaturgeschichte, mehrmals Pionierarbeit geleistet. Er sorgte dafür, dass der nach Niederschlagung des Ungarnaufstands 1956 totgeschwiegene Georg Lukács in der DDR wieder erwähnt und kritisch gewürdigt wurde. Das vom Autor geleitete, ab 1978 erscheinende siebenbändige Werk »Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933-1945« zählt zu den Spitzenleistungen. Es sagte längst nicht alles, wohl aber vieles über eine schwierige Problematik aus. Zum Glück brachte es den Verfassern den Nationalpreis, kein Parteiverfahren ein.

Mittenzweis Frau Ingrid berichtet darüber, wie es zu ihren überraschend positiven Thesen zum Preußentum 1978 und ihrer Biografie Friedrichs II. ein Jahr später kam, die in DDR wie BRD Aufsehen erregten. Die Idee zur Biografie, bemerkt sie, stammte nicht von Honecker (S. 353), der durchaus auch im Hohenzollernhaus nach Vorbildern für »Sozialismus in den Farben der DDR« suchte. Allerdings muss E. H. zum Projekt seinen Segen gegeben haben, da vorher Preußentum in der Republik verpönt war. Leider hat sich die Autorin nicht mit Franz Mehring auseinandergesetzt, der anderer Meinung als sture Friedrich-Hasser gewesen ist.

Wichtigste Leistung Werner Mittenzweis, seit 1983 auch Ordentliches Mitglied der Aka-

demie der Künste, war die ein Jahr später fertiggestellte, 1986 erstaufgelegte zweibändige Biografie »Das Leben des Bertolt Brecht oder der Umgang mit den Welträtseln«, die genau wie »Friedrich II.« in Ost- und Westdeutschland ein Bestseller war. DDR-Leser fanden hier auf Seite 533 f. jenes ihnen verschwiegene Brecht-Gedicht, wonach es, wenn sich am 17. Juni 1953 das Volk Regierungsvertrauen verscherzt habe, doch einfacher wäre, »die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes«. Obwohl gerade Brechts Regimekritik Bedenken – u. a. Kurt Hagers – und Zensurmanöver ausgelöst hatte, geht der Verfasser nicht darauf ein. Er würdigt es, dass mit dem Buch die Schallmauer zwischen Fachleuten und einer Vielzahl von Lesern durchbrochen wurde (S. 412).

Das Jahr 1989 trug dem Autor die Mitherausgeberschaft an der kommentierten Berliner und Frankfurter Brecht-Edition und damit ein wohlverdientes weiteres Ruhmesblatt ein. Hochpolitische Ereignisse aber bescherten ihm wie allen Anhängern einer zu demokratisierenden DDR erst die kurze Zeit echten Aufschwungs, dann den Absturz durch den BRD-Anschluss. Die »Evaluierung« von Akademieinstituten durch Westkommissionen darstellend, konstatiert Mittenzwei mit Blick auf die Opfer: »Vielleicht verlief alles so unbefriedigend und jämmerlich, in einer so harmlosen Unterwürfigkeit, weil keiner sich eine wirkliche Vorstellung von dem machen konnte, was auf uns zukam« (S. 442). Er schildert Details der Anschlussfolgen, zu denen für ihn und seine Frau der Verlust ihres Gartenhauses und damit von Teilen der Bibliothek gehörte. Abschließend würdigt er die Wirkung des übergestülpten kapitalistischen Gesellschafts-systems auf die Literatur, eine Wirkung, die mindestens genauso verheerend wie die auf Wirtschaft und Wissenschaft war. Zwischen den Tatsachen aus früherer Zeit im Buch und heutigem Erleben sind Vergleiche in Sachen Literatur und Literaturtheorie möglich. Sie erweisen: Trotz dogmatischer Perioden war das DDR-Niveau mehrmals so hoch wie das der erweiterten Bundesrepublik.

MANFRED BEHREND

**Hermann Klenner:  
Recht und Unrecht, Bibliothek  
dialektischer Grundbegriffe,  
Band 12, transcript Verlag  
Bielefeld 2004, 56 S. (7,60 €)**

Wer glaubt, ihm sei Unrecht widerfahren, der will wissen, was Recht ist. Und so macht er sich auf die Suche nach seinem Recht. Dabei kann es durchaus passieren, dass aus einer »Beschäftigung« mit dem Recht eine Profession wird. Was dann aber seit Juristengenerationen regelmäßig geschieht, wird den rechtsunkundigen Leser vielleicht verblüffen. Denn einst wie heute gilt das, was kein Geringerer als der (Rechts)Philosoph Immanuel Kant offen aussprach: »Noch suchen die Juristen eine Definition zu ihrem Begriffe vom Recht.«

Hermann Klenner legt in seiner Publikation dar, warum die Juristen ewig auf der Suche nach »der« Rechtsdefinition bleiben werden. Dennoch ist es natürlich möglich, Recht zu erklären, zu begründen und auch zu kritisieren – kurzum ein Verständnis von Recht zu vermitteln. Das unternimmt Klenner in seiner ungewöhnlichen wie kurzweiligen Einführung in das Recht unter dem so simplen wie gewaltigen Titel »Recht und Unrecht«. Ungewöhnlich allein schon deshalb, weil er dabei den Gegenbegriff des Rechts, das Unrecht, in seine Überlegungen über Rechtsentstehung und -entwicklung prononciert mit einbezieht. Kurzweilig, weil Klenner wie nur Wenige die Kunst beherrscht, schwierige Themen anspruchsvoll und dabei verständlich zu bearbeiten. So wird die Lektüre zu einem intellektuellen Vergnügen. Auch für ausreichend Spannung wird gesorgt. Warum es an einer Stelle aber ganz unvermittelt zudem noch theatralisch wird – »Das Recht hat aber noch nie seinen Freitod gewählt, es wurde höchstens ermordet« –, bleibt rätselhaft.

Unrecht bildet für den Autor keine zuvörderst moralische Kategorie. Sein Ansatz ist: Macht schafft nicht nur Recht, sondern macht auch Unrecht. Recht ist für den marxistischen Rechtstheoretiker ein Mittel der Macht, dessen Gebrauchswert im Erhalt und in der Veränderung der Gesellschaft besteht. Insofern hat Recht mit Herrschaft zu tun, und auch die

Rechtswissenschaft bleibt für ihn Herrschaftswissenschaft, »solange sie jenen Dogmatikern überlassen bleibt, die das normierte Gehäuse zwar zu beleuchten, aber nicht zu erleuchten vermögen, dass man den Kode findet, um es aufbrechen zu können.«

Klenner ist einer jener bekennenden Rechtswissenschaftler, die um »Erleuchtung« bemüht sind. Überzeugen kann man sich davon in dieser Schrift, die nach einer Einführung wie folgt gegliedert ist: Phänomene von Recht und Unrecht; Autor und Adressat von Recht; Recht als Mittel und Maß von und für Macht; Strukturen und Systeme des Rechts; Gesetz, Gericht und Unrecht; Gerechtigkeit als Maß für Recht und Unrecht?; AbschließendeS. Und wie es sich für eine anspruchsvolle Publikation gehört, bekommt man am Schluss aus der schier unerschöpflichen Literatur und den reich sprudelnden Rechtsquellen eine wohlausgesuchte Auswahl geboten. Für manchen vielleicht überraschend die Rechtsquelle Nummer 1: Die Bibel.

Die Lektüre der Schrift ist von der ersten bis zur letzten Zeile anregend und zuweilen auch aufregend. Dazu trägt zweifellos die Kontrastierung des Rechts mit dem Unrecht bei, wodurch auch die lebendige Rechtswirklichkeit mit ins Bild kommt. Aber um Recht zu erklären, bedarf es der Darstellung des Unrechts nicht zwingend. So ist denn auch auf den 50 Seiten natürlich mehr von Recht als von Unrecht zu lesen. Leider kommt zu kurz, wie Unrecht die Rechtsentwicklung beeinflusst, wie ein bestimmtes Maß an (gesetzlichem) Unrecht das Recht pervertiert und letztlich zu neuem Recht führt.

Am Ende ist vom »Rechtsstaat als Rechtsstaat« die Rede. Von Unrechtsstaaten wird nicht gesprochen. Mit Sicherheit wird mancher hier den Bezug zur DDR-Unrechtsdebatte vermissen. Gewiss handelt es sich bei dieser Lücke um kein Ver- oder Übersehen des Verfassers. Die Gründe seien dahingestellt. Aber spätestens dann, wenn man das Unwort »Unsozialstaat« liest, ist die Assoziation unvermeidlich. Leser, die nicht mit dieser Debatte vertraut sind, dürften sich hier eine Position wünschen. Und das vor allem jene, die in und für diesen Staat gearbeitet und gelebt haben und schließlich erleben mussten, wie er nach seinem Untergang in eine Parallelität zum verbrecherischen NS-Staat gerückt wurde.

Wenn man in einem Buch eine Botschaft sucht, dann findet man sie oft zwischen den Zeilen. Versucht der Autor, sie in einem Satz zusammenzufassen, wird es nicht selten plakativ und peinlich. Doch wenn H. K. zum Schluss seinen Lieblingsautor B. B. zitiert, dann ist es kommentarlos wiedergebenswert: »Wichtiger, als zu betonen, wie unrichtig es ist, Unrecht zu tun, ist es, zu betonen, wie unrichtig es ist, Unrecht zu dulden.«

ANDREAS GÄNGEL

Karl Birkhölzer, Ernst Kistler,  
Gerd Mutz: Der Dritte Sektor.  
Partner für Wirtschaft und  
Arbeitsmarkt, VS Verlag für  
Sozialwissenschaften Wiesbaden  
2004, 256 S. (29,90 €)

Neben Staat und Markt als den beiden Hauptsektoren der Wirtschaftsaktivität gewinnt gegenwärtig ein weiterer Bereich enorm an Bedeutung, der sogenannte »Dritte Sektor«. Was sich konkret hinter diesem Begriff verbirgt, ist jedoch nicht immer ganz klar. Ein bißchen verhält es sich damit so wie mit dem »dritten Mann« in dem gleichnamigen Film: man weiß, daß es ihn gibt, kann ihn aber nicht sehen. Was man über den Dritten Sektor aber ziemlich genau weiß, ist, daß sich seine Organisationen durch ihre Non-Profit-Ausrichtung von den gewinnorientiert arbeitenden marktwirtschaftlichen Unternehmen unterscheiden. Zugleich unterscheiden sie sich durch ein geringes Maß an Bürokratie und Amtlichkeit sowie durch ihre vertraulichen Umgangsformen von staatlichen Institutionen. Gegenüber Familienclans und Freundeskreisen jedoch erscheinen sie formal, organisiert und regelgebunden, was ihre Besonderheit als Dritte-Sektor-Organisationen unterstreicht. Die bevorzugten Tätigkeitsbereiche des Dritten Sektors sind Bildung, Forschung, Kultur, Umwelt, Kommunales, Gesundheit, Soziales, Beschäftigung, Wohnen, Freizeit, Sport und Bürgerengagement. Mit der Bedeutungszunahme dieser Bereiche wächst zwangsläufig die gesellschaftliche Bedeutung des Dritten Sektors. Diese Fragestellung für die Gegen-

wart näher zu untersuchen, war Aufgabe eines breit angelegten Forschungsprojektes des BMBF, dessen Ergebnisse in vorliegendem Band zusammengefaßt dargestellt sind.

Ausgehend von zwei konkurrierenden Begriffsbestimmungen – dem (liberalen) Ansatz des *John Hopkins Non-Profit-Sector Comparative Projects* und dem (sozialstaatlichen) Konzept ökonomischer *Selbsthilfe* aus dem 19. Jahrhundert – versuchen die Autoren eigene Begriffsbestimmungen vorzunehmen. Dabei entschieden sie sich für einen breiten Zugang. Als Kriterien für die Zugehörigkeit von Organisationen zum Dritten Sektor gelten ihrer Meinung nach der Vorrang sozialer Zielsetzungen, gemeinwirtschaftliche Gewinnverwendung, bürgerschaftliches Engagement und kooperative Organisationsformen (S. 12). Die Analyse zeigt, daß es sich bei dem Dritten Sektor um einen »Wachstumssektor« handelt. Dies gilt sowohl in bezug auf die Zahl der Unternehmungen als auch für die Zahl der Arbeitskräfte, die hier tätig sind. Hochrechnungen der Europäischen Union zufolge umfaßt der Dritte Sektor in Europa ca. 8,9 Millionen Vollzeitarbeitsplätze. In Deutschland sind es 1,86 Millionen. In Krisenregionen wie Ostdeutschland sind soziale Unternehmungen die Hauptträger der lokalen bzw. regionalen Entwicklung, die Hauptarbeitgeber und nicht selten die einzigen »Großbetriebe« in der Region. Ihre wirtschaftspolitische und sozialintegrative Bedeutung, schreibt Birkhölzer, »kann daher gar nicht überschätzt werden« (S. 15). Aber gilt dies auch für ihre volkswirtschaftliche Bedeutung? Ihr Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt kann derzeit »nicht exakt beziffert werden«, ihre ökonomische Funktion – jenseits von Markt und Staat – bleibt in einer Marktwirtschaft notwendigerweise »unscharf«, ihre Effizienz ist mit den üblichen Instrumenten nicht meßbar. Das sind keine unwesentlichen Aspekte. Soll sich die Rolle der Dritte-Sektor-Organisationen nicht auf die Ausfüllung von Räumen, die als Markt uninteressant und für den Staat unwichtig sind, beschränken, so ist eine klarere Positionsbestimmung und Funktionsbegründung notwendig. Hierzu leistet das Buch einen wichtigen Beitrag, abgeschlossen ist die Forschungsarbeit damit aber noch längst nicht. Vor allem gibt es Defizite bei der Herausarbeitung des ökonomi-

schen Gewichts des Dritten Sektors, seiner Potentiale bei der Bewältigung ökonomischer Krisen und seiner zukunftsweisenden Rolle bei der Neugestaltung der Arbeitswelt. Hier geht die Darstellung im Buch nicht wesentlich über die Beschreibung und Bewertung gegenwärtiger Experimente und Lösungsversuche hinaus. Worauf es aber ankommt, ist, Verallgemeinerungen vorzunehmen, Zukunftsmodelle zu entwickeln und Strategien vorzuschlagen, wie in den nächsten Jahrzehnten mit dem Dritten Sektor verfahren werden soll. Dabei spielen Fragen der Kooperation zwischen dem Ersten und dem Dritten Sektor, wie sie im zweiten Teil des Buches anklingen, eine wichtige Rolle. Ebenso aber auch Probleme der Gesellschaftsstrategie, der weiteren neoliberalen Durchrationalisierung und Ökonomisierung der Gesellschaft oder aber ihrer alternativen Gestaltung bei stärkerer Gewichtung zivilgesellschaftlicher Komponenten.

In der Analyse konnte gezeigt werden, daß bei einer stärkeren Kooperation zwischen Erstem und Drittem Sektor Synergieeffekte auftreten, »die einen Gewinn für beide Seiten bedeuten« (S. 96). Dies schließt wechselseitige Lernprozesse ein, ist aber andererseits bestimmt kein konfliktfreier Prozeß.

Im dritten und vierten Teil des Buches werden Strukturen und Bedingungen innovativer Arbeits- und Unternehmensformen in Sozialen Unternehmungen untersucht und beschrieben, wie der Arbeitsprozeß in Betrieben des Dritten Sektors abläuft. Im einzelnen sind diese Darstellungen sehr detailliert, materialreich und objektbezogen. Die Autoren versäumen es auch nicht, auf den Diskussionscharakter ihrer Thesen und auf den (teilweise noch unbefriedigenden) Forschungsstand zu Einzelaspekten hinzuweisen. Nicht befriedigen kann jedoch die mitunter rein positive, theoretisch unreflektierte Darstellung. So findet sich zum Beispiel im dritten Abschnitt eine informative Bestandsaufnahme der »Tauschsysteme auf Gegenseitigkeit« als vermeintlicher Bestandteil »sozialer Unternehmenskultur« (S. 147). Die Autoren belassen es aber nicht bei dieser Darstellung, sondern wollen in den archaisch anmutenden »Tauschringen« darüber hinaus einen fruchtbaren »Ansatz zur Reform unseres Geld- und Währungssystems« sehen, was mehr als fraglich ist. Seitens der

etablierten Ökonomie werden derartige Experimente seit Jahrzehnten als gesellschaftliche »Regression« gedeutet und nicht einmal einer Kritik für würdig befunden. Sie kommen bestenfalls als regionale oder lokale Ergänzung existierender Geldsysteme in Frage, niemals aber als deren Alternative. Sie unkritisch als »Ansätze« oder Muster für Reformen unseres Geld- und Währungssystems herauszustellen, dürfte deshalb bei den meisten Ökonomen nur ein Schmunzeln hervorrufen. Als ernsthaftes Diskussionsangebot dürfte dieser von Sozialwissenschaftlern unterbreitete Vorschlag jedoch kaum angesehen werden. Seine Behandlung in diesem Buch wirft aber einige Fragen auf, so zum Beispiel die nach den theoretischen Grundlagen einer Ökonomie des Dritten SektorS.

ULRICH BUSCH

**Renate Ohr (Hrsg.):**  
**Globalisierung – Herausforderung**  
**an die Wirtschaftspolitik**  
**(Volkswirtschaftliche Schriften,**  
**H. 538), Duncker & Humblot**  
**Berlin 2004, 259 S., (79,80 €)**

Der Begriff Globalisierung hat in der öffentlichen Debatte seit Beginn der 1990er Jahre eine erstaunliche Karriere erlebt. Obwohl durchaus vielseitig verstanden – als soziales, kulturelles, politisches, wirtschaftliches und technologisches Phänomen –, werden im herrschenden Diskurs Globalisierungszwänge vor allem aus der jüngsten technologischen und ökonomischen Entwicklung abgeleitet. Die öffentliche Diskussion bedient sich dabei mit einer Selbstverständlichkeit und Selbstgewissheit etlicher Argumente, die bei den Wirtschaftswissenschaftlern keineswegs als feststehende Tatsachen gelten, sondern Gegenstand des Meinungsstreits sind.

Während in der öffentlichen Diskussion Pauschalurteile und emotional gefärbte Bewertungen überwiegen, ringen die Wirtschaftswissenschaften noch mit dem Globalisierungsphänomen. Dies ist vielleicht der wichtigste Eindruck, den der Leser bei der Lektüre des Bandes, der auf eine Ende Oktober 2003 im

»Zentrum für Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft« an der Universität Göttingen durchgeführte Konferenz zurückgeht, mitnimmt.

Zu den Ungewissheiten gehört selbst die fast zwei Jahrhunderte alte Theorie David Ricardos über die unbedingten Kostenvorteile internationalen HandelS. »Neuere Handels- und Wachstumstheorien bestätigen dieses Ergebnis nicht mehr uneingeschränkt«, wird dazu vorsichtig kritisch vom Berliner Ökonomen Welf Werner formuliert.

Werner weist auch auf einen anderen bemerkenswerten Unterschied zwischen volkswirtschaftlichem und herrschendem Diskurs hin: Während die öffentliche Diskussion die Globalisierung als ein im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts entstandenes neuartiges Phänomen betrachtet, gehen Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftshistoriker von mindestens zwei Globalisierungswellen aus. Die erste erreichte ihren Höhepunkt vor dem Ersten Weltkrieg und endete in der Weltwirtschaftskrise. Werner nimmt diese unter einer Reihe von Fachleuten erzielte Verständigung über zwei bisher anhand volkswirtschaftlicher Kriterien auch empirisch nachweisbare Globalisierungswellen zum Anlass, zu überlegen, ob nicht auch die zweite, die gegenwärtige, »endlich« sei. Er legt sich die Frage vor, ob Zeichen des Abebbens der zweiten Welle nicht bereits erkennbar sind. Selbstverständlich nennt er in diesem Zusammenhang die Proteste von Seattle und Cancun. Die bewertet er jedoch nicht sehr hoch, da sie seiner Meinung nach nur die Ansicht von militanten Minderheiten widerspiegeln. Wichtiger bei seiner Suche nach Zeichen für ein Abbremsen der Globalisierung sind dem Mitarbeiter des John F. Kennedy Instituts für Nordamerikastudien an der Freien Universität Berlin die Widerstände gegen allzu viel Freihandel im amerikanischen Kongress, innerhalb der herrschenden politischen Klasse also. Am Beispiel der USA weist Werner nach, dass diese Widerstände seit 1992, als die USA, Kanada und Mexiko das Freihandelsabkommen NAFTA unterzeichneten, im Kongress deutlich zugenommen haben. In seiner These, dass Globalisierung eher »von oben« als »von unten« gestoppt werden könnte, fühlt sich Werner durch die vorliegenden Untersuchungen zum Ende der ersten

Globalisierungswelle bestärkt. Die übrigen neun Beiträge zu Themen wie »Globalisierung und Besteuerung«, »Sozialstaat und Globalisierung«, »Globalisierung und Entwicklungsländer«, »Globalisierung und überregionale Institutionen zur internationalen Steuerung von Wirtschaftsprozessen« offenbaren allesamt ungeachtet der Nutzung exakter mathematisch-statistischer Modelle eine gewisse Unsicherheit in der Einschätzung der Wirkungen und damit auch der Chancen und Risiken für die beteiligten Akteure. Da, wo die Vorteile nach der Theorie eindeutig sind, fehlt oftmals ein ausreichender empirischer Nachweis. Und umgekehrt: Manche empirisch gesicherte Wirkungen lassen sich nur unzureichend mit Hilfe der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie erklären.

Dass der Leser im Buch nicht alle aufgeworfenen Fragen beantwortet findet, spricht eher für als gegen die Autoren, die der herrschenden Globalisierungseuphorie zwar in Worten Anerkennung zollen, bei den sachbezogenen Untersuchungen jedoch immer wieder auf Lücken und Unwägbarkeiten in der Theorie bzw. bei deren empirischem Nachvollzug hinweisen. Es ist also nicht verwunderlich, wenn alle Themen, wie die Herausgeberin im Vorwort berichtet, »von den rund 50 Teilnehmern des Symposiums sehr intensiv und zum Teil auch kontrovers diskutiert wurden.«

JÖRG ROESLER

## Antifaschismus als historisches Erbe in Europa.

Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Rolf Richter.

Herausgeber: Roland Bach, Klaus Böttcher, Horst Helas, Peer Jürgens, Norbert Madloch, Jürgen Plagge-Vandelaar und Reiner Zilkenat, Berlin 2005, 170 S.

Freunde, Kollegen und Schüler haben sich zusammengetan, um diese Festgabe für einen Historiker zu ermöglichen, der in der DDR bereits in jungen Jahren durch seine Sachkennt-

nis und sein originelles, ideenreiches Herangehen an seine Forschungsgegenstände Anerkennung gewann. Horst Helas und Reiner Zilkenat haben seinen Lebenslauf und sein wissenschaftliches Oeuvre mit dem Blick für das Wesentliche dargestellt (S. 9 ff.). Der Titel des Bandes, an Aktualität kaum zu überbieten, zielt auf das sowohl wissenschaftliche wie gesellschaftspolitische Hauptinteresse des Gelehrten. Die wichtigsten wissenschaftlichen Beiträge von Rolf Richter kreisen um die Faschismus- und Antifaschismus-Problematik. Dabei hat er sich von Anfang an nicht in ausgefahrenen Bahnen bewegt. Das hieß u. a., über Fragestellungen hinauszugreifen, die in der DDR-Öffentlichkeit im allgemeinen auf diesem Themenfeld behandelt wurden. Er durchforschte eigenständig das komplexe und vielschichtige Phänomen der faschistischen Ideologie und Politik und hielt sich dabei nicht an vorgegebene Grenzziehungen. Ihm ging es stets darum, Antifaschismus nicht nur als eine tagespolitische Bewegung der Abwehr und des Kampfes gegen das Naziregime zu erfassen, sondern auch als eine alternative Plattform, in der alle demokratischen und humanistischen Bestrebungen ihren legitimen Platz finden konnten. Er überwand damit die auf eine einzige politische Richtung eingeeengte Position, die in der DDR dazu führte, den antifaschistischen Konsens auf die SED und die Ideologie des Marxismus-Leninismus zu verkürzen, oder, wie in der BRD, umgekehrt kommunistischen und konsequent sozialistischen Widerstand als totalitär auszugrenzen.

Sein Herangehen erlaubte Rolf Richter, nach Einvernahme der DDR in die Bundesrepublik aktiv und kreativ für die Bewahrung antifaschistischer Traditionen einzutreten und gemeinsam mit den unterschiedlichsten Partnern der Platz greifenden Verunglimpfung des Antifaschismus entgegenzutreten. Er stellte sich dabei ohne Zögern der notwendigen Aufgabe, sowohl kritisch-selbstkritisch die Mängel der antifaschistischen Arbeit in der DDR zu analysieren als auch entschieden ihre humanistische Grundsubstanz zu verteidigen. Dabei war er bereit, alle Anregungen aufzugreifen, die antifaschistische Bestrebungen zu bereichern und den Kampf gegen wieder auflebenden Neonazismus wirkungsvoller zu machen vermögen.

Die Beiträge des vorliegenden Bandes sind Zeugnisse für die Fruchtbarkeit seines Herangehens. Neben Helas und Zilkenat haben auch Norbert Madloch (S. 13 ff.), Klaus Böttcher (S. 99 ff.) und Peter Rudolf Zotl (S. 153 ff.) unmittelbar auf die Leistungen des Jubilars Bezug genommen, die nicht nur wissenschaftlicher Natur sind, sondern auch praktische Beiträge in Gestalt von Jugendarbeit in Fürstenwalde und konzeptionelle Mitwirkung an der AG Rechtsextremismus der PDS umfassen.

Die Mehrzahl der in diesem Band vereinigten Beiträge ist Einzelaspekten des Generalthemas gewidmet. Kurt Finker (S. 23 ff.) enthüllt die Funktion der in der Weimarer Republik wirkenden »Wehrverbände« für die Herausbildung und Entwicklung der faschistischen Bewegung und unterstreicht damit auf eindrucksvolle Weise die Rolle des deutschen Militarismus für die Untergrabung der Weimarer Republik. Gewissermaßen ein Paradebeispiel dafür führt Reiner Zilkenat vor (S. 53 ff.). Er lässt einen Kapp-Putschisten zu Wort kommen. Dessen Ausführungen belegen den faschistischen Ungeist jener Kräfte, die sich dann auch nach 1933 in den Reihen der NSDAP, der SS und der SA wiederfanden. Klaus Kinner und Elke Reuter (S. 43 ff.) liefern eine differenzierte Darstellung der im Gefolge des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale unternommenen Anstrengungen der KPD zur Anpassung ihrer Strategie des Kampfes gegen den Faschismus an die veränderten Bedingungen. Sie machen dabei die Tragweite der Widersprüchlichkeit deutlich, die sich zwischen der Zusammenarbeit mit anderen Nazigegegnern einerseits und dem Festhalten an stalinistischer Engherzigkeit andererseits auftut. Herbert Mayer erinnert an die Mitwirkung deutscher Antifaschisten am Kampf der französischen Widerstandsbewegung (S. 57 ff.) Walter Schmidt hat die bewegende Geschichte seines Vaters dargestellt (S. 63 ff.), der von den Nazis für seine antifaschistische Arbeit zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Die beigefügte Anklageschrift und das Urteil des Volksgerichtshofes sind eindrucksvolle Belege für den menschenfeindlichen Charakter des faschistischen Regimes.

Kurt Pätzold, der sich mit der gegenwärtigen Debatte um die deutschen Opfer von

Krieg und Befreiung beschäftigt (S. 74 ff.), leitet zu jenen Beiträgen über, die sich mit aktuellen Fragen der Auseinandersetzung mit Nazismus und Neonazismus befassen. Er kritisiert scharf, dass in den aktuellen Beiträgen zu diesem Thema unzureichend darauf hingewiesen wird, dass es sich hierbei um Folgen des von Hitlerdeutschland vom Zaune gebrochenen Krieges und seinen dabei begangenen Kriegsverbrechen handelt. Die schmerzhaften Folgen für die deutsche Bevölkerung in einer Zeit, als der Krieg zu seinen Verursachern zurückkehrte, dürfe man nicht gegen die Untaten aufrechnen, die zuvor unter Duldung breiter Kreise des deutschen Volkes begangen wurden. Wenn also schon mit dem Begriff »Opfer« gearbeitet werde, so müsse dies vornehmlich in dem Sinne geschehen, dass das deutsche Volk Opfer seiner allzu lange geübten Gefolgschaft gegenüber seiner verbrecherischen Führung geworden ist. Roland Bach verweist auf die Reaktivierung der »Reichs-Mythologie« durch die rechtsextremen Kräfte in unserem Lande (S. 94 ff.). Die in den Band aufgenommene Landtagsrede von Werner Bramke ist ein Beispiel dafür, dass Aushöhlung antifaschistischer Grundsätze und die Einebnung des Ausmaßes faschistischer Verbrechen durch einfache Gleichsetzung mit Vorgängen in der DDR nicht nur durch neonazistische Kräfte bewirkt wird, sondern auch in der politischen Strategie und Politik der etablierten Parteien grassiert. Bramkes Kritik an dem sächsischen »Gesetz zur Errichtung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Gewaltherrschaft« verdeutlicht das auf anschauliche Weise (S. 116 ff.).

Manfred Weißbecker beschäftigt sich mit historischen Erfahrungen und den Kriegen der Gegenwart. Mit Nachdruck wendet er sich gegen die verhängnisvolle Praxis, Krieg unter dem Vorwand der Durchsetzung von Menschenrechten und Demokratie als legitimes Mittel der Politik akzeptabel erscheinen zu lassen (S. 144 ff.). Äußerst informativ ist der Beitrag von Karl-Heinz Gräfe über faschistoide völkische Bewegungen in den ehemals osteuropäischen sozialistischen Ländern. Er verdeutlicht damit, dass die Gefahr der Wiederbelebung rechtsextremistischer und sogar faschistischer Parteien und Bewegungen nicht nur ein innerdeutsches Problem ist, sondern

inzwischen auch internationale Dimensionen angenommen hat und eine Herausforderung für ganz Europa darstellt (S. 133 ff.).

Der Nestor der DDR-Faschismus-Forschung Kurt Gossweiler ist mit einem Beitrag vertreten, in dem auf die sozialökonomische Verwurzelung des Faschismus in den kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen verwiesen wird (S. 121 ff.). Dabei wird auch auf die Mitverantwortung der bürgerlichen Parteien für das Vorhandensein und Weiterwirken rechts-extremer Denkweisen aufmerksam gemacht. Im Hinblick auf die Bekämpfung von Neonazismus bleibt seine Darstellung jedoch einiges schuldig. Die Grunderfahrung des deutschen Faschismus ist doch eigentlich die, dass dieser Gefahr nur durch ein breites Zusammengehen aller Nazigegner und Demokraten hätte begegnet werden können – ein Zusammengehen aber nicht zustandekam, weil die meisten potenziellen Partner nicht bereit waren, Differenzen und Gegnerschaften hintanzustellen und das allen gemeinsame Interesse an der Verhinderung der faschistischen Gefahr zur Grundlage ihres Handelns zu machen. Das gilt auch für heute.

Insofern muss man es für abwegig halten, wegen durchaus berechtigter Einwände auf anderen Politikfeldern Anlass zu nehmen, die Rolle der PDS als eines antifaschistischen Faktors infrage zu stellen. Peter Rudolf Zotls Beitrag ist ein Beleg für das Bemühen in der PDS, nach wirksamen Formen der Bekämpfung neonazistischer Bestrebungen zu suchen. Unbedingt zuzustimmen ist seinem Grundansatz, dass rechtsextremen Kräften nur durch breite demokratische Aktivität begegnet werden kann, worunter er auch versteht, entschieden gegen Demokratie- und Sozialabbau anzugehen (S. 153 ff.). Allerdings muss in diesem Zusammenhang auch ehrlich und offen gesagt werden, dass viele Vorschläge, die der Autor unterbreitet, auf Möglichkeiten zielen, die in dieser Gesellschaft zwar bestehen, deren Verwirklichung aber auch ernste Hemmnisse in den Weg gesetzt sind, die sich aus dem Charakter der bestehenden Verhältnisse ergeben. So bleibt ihre Umsetzung eine Kampfaufgabe, deren Erfolg auch daran geknüpft ist, ob Kräfte mobilisiert werden können, die bisher abseits stehen, und ob politisches Umdenken zur Bereitschaft führt,

traditionelle Feindbilder aufzugeben und neue Partnerschaften zu begründen. Dazu ist es allerdings notwendig, dass die PDS neben hoher Beweglichkeit auch ein unverwechselbares Profil zeigt.

Dem besprochenen Band kann man nur wünschen, dass er möglichst viele interessierte Leser findet. Er ist anregend, auch weil er in manchen Beiträgen zum Widerspruch und Weiterdenken herausfordert. Es sei noch angefügt, dass er ein instruktives Verzeichnis der wissenschaftlichen Arbeiten von Rolf Richter enthält (S. 16 ff.).

HELMUT MEIER

Klaus-Gerd Giesen (Hrsg.):  
Ideologien in der Weltpolitik,  
VS Verlag für Sozialwissen-  
schaften Wiesbaden 2004,  
228 Seiten (26,90 €)

Die zehn Beiträge dieses Sammelbandes gehen auf eine gleichnamige Vorlesungsreihe zurück, zu der der Leipziger Politik-Professor *Klaus-Gerd Giesen* im Sommersemester 2002 eingeladen hatte. Von den versammelten Autorinnen und Autoren, welche ganz verschiedenen Gebieten aus Philosophie und Politikwissenschaft zuzurechnen sind, war nicht zu erwarten, dass sie sich bei der retrospektiven Ausarbeitung ihrer Vorträge auf *eine* Konzeption von »Ideologie« einigen konnten. Was jedoch zunächst als geradezu archetypisches Defizit solch nachge-reicher Dokumentationen aufzustoßen droht, entpuppt sich bei sorgfältiger Lektüre keineswegs als Nachteil.

Dazu trägt die forsch konzipierte Einleitung des Herausgebers nicht wenig bei, denn darin wird die erkenntnistheoretische Differenz der unterschiedlichen Ideologieverständnisse zum Gegenstand einer anregenden metatheoretischen Konfrontation, in der es schnell ums Ganze geht. Denn nach Giesen sei den verschiedenen weltpolitischen Ideenkonglomeraten »entweder materialistisch oder idealistisch-konstruktivistisch« beizukommen, wozu er apodiktisch anmerkt: »Es handelt sich um ein Entweder-Oder, denn beide Pole können wohl kaum zusammengebracht werden« (S. 14).

Nach dieser unversöhnlichen Eröffnung informiert Giesen über die eigene Position und arbeitet den Gegensatz noch deutlicher heraus: »Gegenüber der konstruktivistischen Annahme einer weitgehenden Autonomie von Ideen gegenüber den materiellen Gegebenheiten möchte der Materialismus – in seinen vielfältigen Formen – betonen, dass Ideen hauptsächlich durch soziale Interessen geprägt sind und dass gleichzeitig die jeweils herrschenden Ideologien dazu geeignet sind, ungerechte Herrschaft zu legitimieren« (S. 15). Gegen die zunehmend diskursorientierte und »radikal-(de)konstruktivistische« Ideologiewissenschaft Foucaultscher Prägung favorisiere er weiterhin »Gramscis Vorschlag, Ideologie als Teil von Hegemonie zu betrachten, die nur durch das begrenzte Einbeziehen der Underdogs und ihrer Vorstellungen wirklich effizient funktionieren kann« (S. 16). Daher hält er auch wenig von der grassierenden akademischen Flucht in immer kleinteiligere Forschungen zur historischen Genese von Denksystemen, sondern setzt auf das politische Potential emanzipatorisch inspirierter *Ideologiekritik*. Um allerdings mit einem materialistischen Ansatz überzeugende Analysen aktueller Phänomene der Weltpolitik vorlegen zu können, sei es unerlässlich, diesen »über den Gramscianismus hinaus«, bspw. unter Rückgriff auf Althusser oder Poulantzas, weiterzuentwickeln (ebd.).

Die sich an diese wissenschaftstheoretische Grundierung anschließenden Texte – von denen hier unmöglich alle detailliert vorgestellt werden können – möchte Giesen in einen exemplarischen »Wettbewerb der besseren Argumente« eintreten sehen. Allerdings folgt die Anordnung der Beiträge nicht dem initial dargelegten theoretischen Schema, sondern einer inhaltsbezogenen Aufteilung in drei Teile.

Den ersten Teil, indem nach Kontinuitäten in der Ideologieproduktion gefragt wird, eröffnet *Kees van der Pijl* mit einer ambitionierten theoretischen Neukonzeption zur Herausbildung der übermächtig scheinenden westlichen Hegemonie. In Anlehnung an das Modell verschiedener Produktionsweisen zeigt er in einer lang angelegten historischen Perspektive, dass »auch die Internationalen Beziehungen von einer theoretischen Unterteilung in verschiedene Außenbeziehungsweisen profitieren« könnten (S. 22). Kernbestandteil dieser von van der Pijl

angeregten Neubewertung ist das sich parallel zum Zeitverlauf wandelnde Verhältnis zwischen einem hegemonialen Kerngebiet und angrenzenden Nomadenpopulationen. In ihrer modernsten Form stelle sich diese Beziehung als produktive Teilintegration nomadischer Expansionsdynamik in das auf mehreren Ebenen (wirtschaftlich, politisch, kulturell) regelsetzende Kerngebiet des Westens dar.

*Dieter Plehwe* und *Bernhard Walpen* untersuchen mit Hilfe einer empirisch fundierten Organisations- und Netzwerkanalyse, wie es der »transnationalen Bourgeoisie« in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum von ca. 25 Jahren gelingen konnte, über den Aufbau eines zunehmend optimierten Geflechts von positionswechselnden Figuren (wissenschaftliche Experten, öffentliche Intellektuelle etc.) und wohlorganisierten institutionellen Strukturen (Think-Tank-Netzwerke) erstaunlich resistente Grundlagen für die momentan erreichte »neoliberale Hegemoniekonstellation« (S. 50) zu schaffen. Nach Plehwe und Walpen lässt sich das Wirken dieser neoliberalen Netzwerke zwar auch in der erfolgreichen Einflussnahme auf die allgemeine Terminologie oder bei der präjudizierenden Rahmensetzung politischer Debatten nachweisen, entscheidender für den nachhaltigen Erfolg sei aber die Herausbildung einer universellen Masterstruktur gewesen, die auf dem arbeitsteilig perfektionierten »Kernprinzip eines *Pluralismus in prinzipientreuen neoliberalen Grenzen*« (S. 69) beruhe. Nur dadurch sei es überhaupt erst möglich gewesen, die neoliberale Kernideologie (»mehr Markt, weniger Staat«) mittels multipler Repräsentationen zielgruppenspezifisch aufzubereiten und damit allgemein annehmbar zu machen. Alle Kräfte, die diese Entwicklung wirksam kontern wollen, müssten zunächst den Aufbau »ähnlich weitreichender transnationaler Organisationskapazitäten« (S. 82) zur Wissensproduktion und -verbreitung in den Mittelpunkt ihrer Arbeit rücken.

Mit eindeutig diskursanalytischem Schwerpunkt klärt *Rebecca Pates* in ihrem Beitrag über die erstaunliche Konsistenz von Ideologien in der Frauenpolitik auf, wobei sie insbesondere vor der gefährlichen Nichtberücksichtigung der strategischen Bedeutung des *Gender Mainstreaming* (GM) warnt. Mit einem »systematischen Obskurantismus des Vokabulars« lenke GM erfolgreich davon ab, dass es den Status Quo reprodu-

ziere, womit es letztlich als »Aufrechterhaltungsinstrument« begriffen werden müsse (S. 98).

Schließlich beschäftigt sich *Klaus-Gerd Giesen* mit der Ideologie des Schurkenstaates, indem er in einer weiteren Kontrastierung die diesbezüglichen Konzeptionen von Rawls und Derrida gegenüberstellt.

Im kurzen zweiten Teil, der sich mit Kriegs- und Friedensideologien auseinandersetzt, wehrt sich *Christoph Türcke* gegen die palliative Ideologie der Gewaltfreiheit. Einerseits erinnert er daran, dass demokratische Verhältnisse oft »durch Kämpfe wie die der amerikanischen und französischen Revolution« (S. 127) initiiert wurden, andererseits weist er darauf hin, dass die redundante Beschwörung handgreiflicher Friedfertigkeit oft von tiefer liegenden Formen »hochsublimierter struktureller Gewalt« ablenke (S. 126). Darüber hinaus referiert *Georg Meggle* seine Position zur Ideologie des gerechten Krieges.

Im dritten und letzten Teil, der sich mit dem weiten Feld der Staatsideologien beschäftigt, plädiert *Klaus Schlichte* für eine Abkehr von der »Staatsfixierung der mit Politik befassten Wissenschaften« und argumentiert stattdessen für eine »politische Soziologie der Weltgesellschaft« (S. 151), mit der Phänomene wie De-Nationalisierung, Globalisierung und Entterritorialisierung weitaus angemessener analysiert werden könnten.

Außerdem untersucht *John Rosenthal*, wie es kommen konnte, dass heute oft von Selbstbestimmung die Rede ist, wo eigentlich von Fremdherrschaft gesprochen werden müsste, und *Veronique Zanetti* diskutiert die Frage, ob ein gemäßigter Nationalismus moralisch vertretbar sei. Abschließend betrachtet *Omar Kamil* die problematische Stellung der arabischen Juden innerhalb der zionistischen Ideologie.

Alles in allem können die meisten Artikel als originelle Erweiterungen bestehender Perspektiven betrachtet werden, einige von ihnen sogar als Beweis für die ungebrochene Tragfähigkeit einer materialistischen Analyse weltpolitischer Ideologien. Allerdings ist es schade, dass sich auf theoretischer Ebene keinerlei Aussagen zu möglichen Perspektiven eines aktualisierten Neo-Gramscianismus finden lassen – dazu müssen Interessierte auf die angebotenen Literaturhinweise zurückgreifen.